



RENTNERISCHES

Für Alte und solche,
die es werden wollen



Nr. 37
Weihnachten 2022

AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Großes Ding:
Studenten wollen
Geschlechtergeschichte

Vorgang in der
Geraer OTZ
erklärt einiges

An die
Machbarkeitsstudie
wird noch gedacht

Bürger fordern

Freie Wahlen

der Intendanten der
öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
oder der Gremien, die den
Intendanten bestimmen

Bei allem, wo man Beiträge zahlt, wählt man irgendwann mal irgendwen. Die Rundfunkanstalten sollten ihre Intendanten direkt von den Beitragszahlern in einer freien Wahl bestimmen lassen

Stadtgespräch

Nur falls sich jemand wundert, wieso die lokale OTZ von ihrem Hausstandard abweicht – die Sache liegt hier ganz anders

Ein Informationsartikel in der Lokalzeitung informiert, dass Jens Thomas – Sie wissen: unser nächster Oberbürgermeister – seinem Amtsvorgänger, dem jetzigen, „Wortbruch“ vorgeworfen hat. Irgendwas mit Haushalt. Was genau das Wort gewesen sein soll, ist auch irgendwo im Text zu finden.

Ganz offensichtlich wurde der Oberbürgermeister nicht um eine

Stellungnahme gebeten, bevor der Artikel erscheint – in Gera ist aus solchem Grunde eine Redakteurin entlassen worden.

Aber da war es völlig anders, da hat eine gewöhnliche Bürgerin ein Problem gehabt, hier ist es einer vom Hofe. Partei. Stadtratshauptmann. Einer, dessen Wort gilt. Wirklich eine komplett andere Konstellation.

Nur ist es am Tage des verhin-

deten Umsturzes einigermaßen unverantwortlich, den Stadtvorsteher so zu delegitimieren, was sollen denn die Leser denken. Es sind doch nicht alle Umstürzler aufgefliegen, viele fühlen sich durch so was angestachelt, aufgestachelt und begossen, mit Wasser auf die Mühlen. Etwas mehr Staatssensibilität sollte die Presse dann doch zeigen, auch wenn sie der Partei dienlich sein will. ●



Die örtliche FDP bekundet den Wunsch, dass der Jenaer Oberbürgermeister *ein Liberaler bleiben* soll. Hat schon mit Nietzsche nicht geklappt

Der Satz, den die FDP derzeit am wenigsten hören will, ist: Zeig mir, mit wem du koalierst, und ich sage dir, was du bist.

Wenn auf örtlicher Ebene das Ziel ausgegeben wird, der Jenaer Oberbürgermeister solle ein Liberaler bleiben, kann das zwischen den Zeilen so verstanden werden,

dass man gegen eine Widerkandidatur von Nietzsche nichts hätte im Sinne von nichts ausrichten könnte. Nietzsche war gewählt worden, weil er nicht Schröter war, und manche bestätigen ihn in seiner Selbstwahrnehmung, dass er das noch immer wäre.

In welchem Sinne die FDP hier

„liberal“ versteht, dazu kann sie uns ja eine Gegendarstellung schreiben und uns belehren, warum aus ihrer Sicht Nietzsche kein liberaler Komplettversager ist und warum der Wahlslogan „Jena gemeinsam durchstarten“ nichts an Aktualität eingebüßt hat.

bz

Auseinandergelungende Meinungen zu Ökosozialismus

JenaTV arbeitet klimaneutral, das wird erreicht, indem die benötigte Energie mitsamt CO₂-Ausstoß ausgeglichen wird durch Sendeminuten für Fridays for Future. Die Parolen „Kapitalismus abschaffen“, „Ökosozialismus oder Barbarei“ und „Klimakampf = Klassenkampf“ sind im Filmbeitrag zu sehen. Darum fragten wir bei JenaTV an, ob diese Parolen Gesprächsthema in der Redaktion waren und welche Auswirkung auf Art und Tenor des Films sie hatten.

Man antwortete uns: „Bei unserer Berichterstattung versuchen wir, möglichst wertungsfrei über das Geschehen zu berichten. Innerhalb unserer Redaktion gehen die Meinungen zu den genannten Parolen wohl recht weit auseinander.“

Die Meinungen gehen recht weit auseinander, wie kann man sich das praktisch vorstellen? Vermutlich so wie immer: „Das ist schon fast nah an der Grenzwertigkeit.“ – „Bist du etwa verschwörungserzählender Klimaleugner?“

Zumindest muss sich JenaTV nicht Beschönigung vorwerfen lassen; die haben gezeigt, mit wem wir es bei der Klimajugend zu tun haben. Ob nach dem Aufbau des Ökosozialismus es reicht, wertungsfrei über das Geschehen berichtet zu haben, also ohne klaren Klimastandpunkt, bleibt eine Überraschung.

Wir fragten bei der Pressestelle der Stadt, wie der Herr Oberbürgermeister diese Parolen findet und wie sie sich auf Haltung und Unterstützung der Stadt bezüglich Fridays for Future auswirken.

Zugegebenermaßen ist die Frage bedeutungslos, es ist uns egal, was der Oberbürgermeister findet, und der Pressesprecher sieht es offenkundig genauso, sonst hätte er irgendwas geantwortet.

Ob da die Meinungen auch recht weit auseinandergelungende? „Die verlangen Ökosozialismus und Klassenkampf!“ – „Jaa-a, wir machen doch.“ – „Das muss schneller gehen!“

Long-SED

Die Universität forscht über gesundheitliche Spätfolgen der SED-Diktatur. Eine Spätfolge ist Minister, und die gesundheitliche Auswirkung kennen Lehrer unter der Bezeichnung Burn-out.

Keine Buße

Die Bußgeldbescheide gegen die ungeimpften Pflegekräfte werden nach Protesten doch nicht zugestellt. Durch diesen Verlust für die Stadt steigen die Corona-Schäden um rund 150.000 Euro.

Schlägerzeit

Die Grüne Jugend will die Baseballschlägerzeit aufarbeiten. So kann man die Epochen einteilen, nach Tatwaffen. Dann ist jetzt die Messerzeit

Lehrstuhlende

Einige Studenten protestieren gegen die Abschaffung des Lehrstuhls für Geschlechtergeschichte, außerdem fordern sie die Bezahlung studentischer Hilfskräfte in dem Tarif des öffentlichen Dienstes. Die Geschlechtergeschichte ist zu Ende erforscht, weil man bekanntlich herausgefunden hat, dass es

keine Geschlechter gibt. Allerdings ist diese Abwicklung ein Beispiel für Diskriminierung und Benachteiligung, und es gibt zum Glück noch genug Soziologen, die herausfinden können, für wen. Die Gleichbezahlung hat Sinn; die Akademiker sind etwa auf demselben Stand wie Studenten.

Jahresmanager

Der Präsident der Universität wurde zum Hochschulmanager des Jahres gekürt. Dann hat sich die Anweisung zur Beibehaltung des Deppinnensternchens gelohnt.

Sprengung

Diesmal war es ein Zigarettenautomat, der in Lobeda gesprengt wurde. Das wird nicht mehr vorkommen, wenn die Zigaretten legalisiert sind und Raucher nicht mehr kriminalisiert werden.

Spielausfall

Das Fußballspiel der Damen des FCC gegen den 1. FC Köln musste wegen Wintereinbruchs abgesagt werden. Nicht, weil die Fußballerinnen gefroren hätten, sondern weil sie mit ihrer Körperwärme den gerade eingetretenen Klimaausfall wieder zunichtegemacht hätten.



Das müssen die Studenten sein, die laut sind, weil sie glauben, dass man ihnen was klaut

Es kann nur vermutet werden, dass das Trommeln, es war ein ganz gutes Trommeln, im Zusammenhang mit dem Protest gegen das Ende des Lehrstuhls für Geschlechtergeschichte stand, so stellt man sich diese Studenten vor.

Wir wollten aber auch von der Pressestelle der Uni wissen, wieviel, so etwa in der Größenordnung, der Lehrstuhl gekostet hat. Wir erhielten zur Antwort, „zu konkreten Gehältern o.Ä. persönlichen Daten gibt die Universität mit Verweis auf die Persönlichkeitsrechte keine Auskunft. Da es aber öffentliche Informationen zu Besoldungshöhen gibt, können wir Ihnen mit durchschnittlichen Daten gerne weiterhelfen: Der Deutsche Hochschul-Verband hat in seiner aktuellen Ausgabe von *Forschung & Lehre veröffentlicht, dass die durchschnittliche W3-Besoldung in Thüringen bei 8.900 Euro monatlich liegt (Stand: 6/2021).*“ Weitere Kosten eines Lehrstuhls wurden uns nicht genannt, vermutlich weil sie durch den Wegfall nicht wegfallen.

Da kann man durch Multiplikation überschlagen, was Frau Professor über die Jahre verein-



nahmt hat und als Pensionär noch bekommt, wir sind sicher, sie hat jeden Euro redlich ausgegeben. Aber um sie geht es nicht; das sind Gelder, die in keinem Bericht über Parteienfinanzierung auftauchen.

Moment, Partei? Wieso Partei?

Die Studenten bekamen eine ganze Seite in der Lokalpresse. Man gäbe, wenn man den Lehrstuhl nicht erhalte, der Gegenpartei nach und betreibe den Steuerbordruck, sagten sie. Also linkes Ding, sie sagen es selbst.

Die jungen Menschen beherrschen die Kulturkampftechnik wie die Alt68er. Sie halten den

Großen Hörsaal besetzt, und die Partei, früher bekannt als PDS, sprach sich unterstützend für den Erhalt des Lehrstuhls aus. Die Partei muss ihn ja nicht bezahlen, sie hat was, wo ihre Leute Geld vom Staat kriegen. Das sieht ganz nach einer zur Reihenfolge umgekehrten Kausalität aus; Partei will Geld, Zeitung macht Seite, Studenten finden sich.

Wir sparen uns die Mühe, bei der Zeitung anzufragen, ob zu dem Zeitpunkt der Entscheidung, den Studenten eine fast ganze Seite zu geben, schon die Ahnung bestand, dass die Partei sich um die Sache kümmern würde. *ia, bz*

Die vielen Köpfe des Fisches

Sogar die Thüringer Presse fragt Vorsichtig: „Besetzt die Landesregierung Spitzenposten nach Gutdünken?“

Vorsicht, Spoiler: Nein.

„Hatte Valentina Kerst nicht die geforderte Qualifikation als Staatssekretärin? Bei insgesamt fünf Staatssekretärinnen und Staatssekretären, von denen nicht mehr alle im Amt sind, sieht das der Thüringer Landesrechnungshof so.“ Näheres hinter Bezahlschranke.

Von Valentina Kerst haben wir hier zum ersten Mal gehört, wir kennen sie nicht und können über

sie nichts weiter sagen, als dass die ein Exempel abgibt, sie steht exemplarisch für Parteikarrieren. So welche sind das, so sehen sie aus, die gucken wie Jusos und haben einen Lebenslauf, in dem sie sich selbst ihre Medienpräsenz dokumentieren unter einem Titel wie „Zukunft. Gestalten.“

Die Gestalten sind die gleichen, sie erzählen sich immer wieder dieselben Geschichten und belasten die Umwelt, Dutzende Podiumsteilnahmen, Moderationen und Vorträge, sogar einen Impulsvortrag, bei Parteistiftungen, Verbänden, -einen und -anstaltungen

listet sie auf mit Themen von der Art Zukunft gestalten – Chancen und Risiken der digitalen Gesellschaft in Zeiten neuer Technologie und so weiter. Sicher ist nur: Sie hat nie etwas Aufregendes gesagt.

Sie ist Staatssekretärin schon vor der Postenübernahme, zu der sie eben einmal dran ist.

Nein, nicht nach Gutdünken hat die Landesregierung die Spitzenposten vergeben.

Sondern nach Parteidünken.

Schauen wir mal, nach welchem Dünken die Plätze beim Landesrechnungshof demnächst besetzt werden. ●

Gericht urteilt gegen Pressefreiheit: Was ein Fall aus der Geraer OTZ über die Jenaer OTZ schlussfolgern lässt

Eine leitende Redakteurin der Geraer OTZ wurde im Februar erst fristlos und dann fristgerecht entlassen, weil sie gegen die Linie des Funke-Blattes in der Coronaberichterlei verstoßen hatte. Das ist eben so. Die Presse ist ein privates Unternehmen, das seine Linie in Haltung und Ausrichtung bestimmt.

Die Journalistin, Sylvia Eigenrauch (57), hatte ohne negative Polung über die Corona-Antimaßnahmendemonstrationen berichtet, die Kundgebungen sogar verteidigt, und dabei zwei Vergehen, mit denen die Entlassung begründet wurde, begangen. Sie habe „wiederholt journalistische Beiträge erstellt und veröffentlicht, die der Tendenz der Ostthüringer Zeitung (OTZ) entgegenstehen. Damit hat sie eine äußerst schwere Pflichtverletzung begangen“, aufgeführt wird diese Passage: „Mir erzählten Geraer, dass sie in der Breitscheidstraße das erste Mal in ihrem Leben als Nazis und Faschisten beschimpft wurden“, damit habe sie laut ihren Vorgesetzten den Eindruck vermittelt, dass sie „Quellen zweiten Grades nutzt, die Fakten nicht überprüft und damit unvollständig darstellt.“

So was könnte unserer Lokalredaktion nicht unterlaufen. Zweitgradige Quellen. Das ‚aggressive Grundrauschen‘ der Montagsspaziergänger hat der hiesige Redaktionsleiter sich nicht erzählen lassen, die gefühlte Beobachtung kam von ihm selbst.

Faktenprüfung hätte wohl verlangt, dass die Redakteurin den Lothar König von Gera anruft und fragt:

Stimmt das, dass ihr die Leute zum ersten Mal als Nazis und Faschisten bezeichnet, wie kann das sein, dass ihr ihnen nicht schon vorher gesagt habt, was sie sind? Wo habt ihr gesteckt? Und wieso nur auf der Breitscheidstraße, die sind ja auch im restlichen Stadtgebiet Nazis und Faschisten, wieso lasst ihr sie abziehen, wollt ihr mitschuldig sein an der nächsten Machtübernahme der Nazis und Faschisten? Etwa so. Und zum journalistischen Handwerk hätte auch gehört herauszuarbeiten, dass die Nazis und Faschisten mit wohlweißlichem Bedacht die Breitscheid(!)straße gewählt haben müssen, eine Provokation aller Antifaschisten.

Die zweite antitendenzielle Passage lautet: „Ja, die Demonstrationen sind weiter nicht angemeldet. Doch kein Mensch ist illegal.“

DAS UNTERSCHIEDET
DEN JOURNALISTEN
VOM NORMALVOLK;
DER KANN ZUR
REGIERUNGSMEINUNG
SEIN EIGENES
GESICHT ZEIGEN.



Das Versammlungsrecht ist ein Abwehrrecht gegen den Staat und dazu gemacht, dass sich Minderheiten Gehör verschaffen können.“ Damit habe sie „das Versammlungsrecht falsch dargestellt, Rechtsverstöße verharmlost und die Faktenlage nicht richtig berücksichtigt“ und so „in keinster Weise die Belange der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigt“, sondern sich „einer lautstarken Minderheit ange-dient“.

Sich einer lautstarken Minderheit andienen soll jetzt unjournalistisch sein? Kommt darauf an, wie lautstark und wie minderheitlich.

Ein Chefboss schrieb Eigenrauch eine Wutmail, in der er sie informierte, dass sie eine Betrachtung geschrieben habe, „die der Tendenz dieser Zeitung, der OTZ, entgegensteht (...) Ich rüge das ausdrücklich und will nicht, dass so etwas noch einmal geschieht (...) Sie haben mit diesem Beitrag nicht nur gegen die tradierte Linie der Zeitung verstoßen, sondern nachhaltig das Ansehen der Zeitung als seriöse Informationsquelle geschädigt.“

In einem zweiten Artikel ging es um eine Frau, die einen Offenen Brief an den Geraer Oberbürgermeister geschrieben hatte, aber „eine aus ihrer Sicht lapidare und unerklärliche Antwort“ erhalten hat. Die Funkegruppe sah erneut eine „tendenzbezogene Pflichtverletzung“, weil sie den Oberbürgermeister nicht um eine Ansage gebeten habe.

Also, das ist dieselbe Verlagsanstalt wie die Jenaer OTZ/TLZ, wir haben uns

immer gewundert, warum die Redaktierenden so schreiben, wie sie es tun, können die nicht anders?

Wir sehen: Nein, können sie nicht. Da muss es schon wieder andersherum kommen, dann folgen sie der neuen Linie. Die können nichts dafür, die tun nur ihre Tendenz.

Das ist die Pressefreiheit. Die Redakteure tun immer so, als hätten sie was zu sagen, dabei wollen sie nur ihre Gesichter über der Kolumne gedruckt sehen.

Und nun hat ein Arbeitsgericht die Kündigung für unwirksam erklärt. Mit der fadenscheinigen Begründung, es wäre gar keine Tendenz in der Zeitung sichtbar, gegen die hätte verstoßen werden können.

Gera eben.

In Jena wäre das weltfremd.

Irene Adler, Birgit Adler



Der grüne Radikalismus, die Kinderkrankheit im Ökommunismus

Wie man sich vielleicht erinnert, waren die Anticorona-maßnahmen-spaziergänger nicht gefährlich genug, als das sie als überwiegend friedlich eingestuft worden wären. Spaziergänger wurden gleichgestellt mit Staatsfeinden, was in einem normalen Land nicht vorkommt und in dem unsrigen etwas über das Land sagt; die Spaziergänge hätten ihre Unschuld verloren, raunte der Bundesuhu, als wären sie unerlaubtes Entfernen von der Truppe und als hätte er über die Anwendung der Schuldvermutung zu befinden. Von der Bildung einer Querdenker-RAF war die Rede, die erwartet wurde oder sich schon so tief im Untergrund vollzogen haben müsste, dass sie noch nicht aufgefliegen wäre.

Also alles ganz schlimm, die Vergangenheit stand vor der Tür.

Mit einer Vergangenheit, die noch nicht angebrochen ist, lassen sich schwerlich Vergleiche ziehen.

Wenn Klimaaktivisten, genauer gesagt das Klimathema reitende Extremisten, Straftaten verüben, den Staat an der Nase herumführen und Radikalisierung ankündigen, sich auf die RAF beziehen, die von vor fünfzig Jahren, nicht die QueRAF, könnte man annehmen, die Warner und Mahner könnten sich gefordert fühlen.

Aber nein, sagt auch der Präsi-



dent des Bundesamtes für Verfassungsschutz in einer Podiumsdiskussion, die Klimabewegung sei kein Beobachtungsfall, denn zu sagen, „Hey, Regierung, mach mehr“ sei ja gerade eine hohe Form der Anerkennung des Staates und sinngemäß keine verfassungsschutzrelevante Delegitimierung.

Wenn der das sagt. Der befindet ja darüber. Und eine Formulierung „auf dem grünen Auge blind“ hätte absolut keinen Sinn.

Um ganz sicherzugehen, fragten wir bei der Pressestelle des Verfassungsschutzes, ob der Herr Verfassungsschutzpräsident ausschließt – gewiss für jetzt, aber für die Zukunft –, dass Russland die Bewegung unterwandert.

Darauf wurde uns bisher nicht geantwortet, was daran liegen kann, dass dann dies nicht in seine Zuständigkeit fiele, damit müsste sich dann wohl der BND beschäftigen.

bz

Man hat immerhin so effizient geplant und gearbeitet, nicht erst die Machbarkeit der Machbarkeitsstudie zu erforschen

Der Anja-Siegesmund-Pressesprecher hat hinsichtlich der Machbarkeitsstudie, für die das Umweltministerium 170.000 Euro an grünennahe Organisationen geleitet hat, unser Misstrauen zerstreut, also das potentielle, das wir gar nicht hatten und nicht hätten bekommen wollen, weshalb wir immer wieder nach dem Stand des Fortschritts fragten, und uns mitgeteilt: „Die Machbarkeitsstudie liegt mittlerweile zur Auswertung vor und wird mit einer Medieninformation Anfang des kommenden Jahres begleitet und dann auch verfügbar sein.“

Zu Ihren Fragen: Wie detailliert hat sich die Ministerin über den Einsatz der Gelder informiert?

Die Ministerin wird über laufende Projekte in den Arbeitsfeldern des Hauses angemessen informiert - die detaillierte Umsetzung/Evaluierung des Projektes liegt in den Händen der Fachleute.

Ist die Ministerin der Meinung, dass mit mehr Geld mehr Erkenntnisse hätten gewonnen werden können?

Das ist weder bei diesem Projekt noch bei anderen Projekten eine zwingende Kausalität. Allerdings: Bei partizipativen Projekten konnten in den letzten beiden Jahren aufgrund der Pandemie nicht alle Beteiligungsformate wie gedacht und gewünscht durchgeführt werden – so auch hier.“

Der Zeitraum bis zur vorgesehenen Präsentation verkürzt sich also immer mehr, so wie der Läufer der Schildkröte immer näher kommt, und mit einer Grenzwertberechnung könnte man den endgültigen Termin bestimmen.

So Thüringen wie möglich

Derzeit wird man am Bildschirm mit unbestellter Werbung für die TLZ behelligt. „Unsere Leute sitzen alle in Berlin? Fake-News!“ erfährt man, für den Fall, dass das mal jemand behauptet. Dazu der Werbeslogan „So Thüringen wie du“ mit Bild von TLZ-Gerlinde im ICE, der offensichtlich von Berlin kommt. Wohin sie fährt, weiß man nicht, aber mit Maske, wie es sich geziemt.

TLZ-Gerlinde mit „So Thüringen wie du“, was stimmt hier nicht?

Genau, die Grammatik. Man kann nicht so Thüringen sein wie was anderes oder noch mehr Thüringen oder etwas weniger. Auch TLZ-Gerlinde kann es nicht, auch wenn die implizierte Aussage vielleicht lautet, dass die Einthüringerung erleichtert wurde.

Nur dass sie nicht in Berlin sitzt, das beweist das Foto.

Aber was nützt uns das?

Schauen wir mal in eine Berliner Zeitung, zum Beispiel in die BERLINER ZEITUNG, zitiert nach DLF-Presseschau, Einleitung von



da: „Der Deutsche Ethikrat hat die Politik aufgefordert, die Belange von Kindern und Jugendlichen stärker zu berücksichtigen. Die BERLINER ZEITUNG erinnert an die Grundlage für die Stellungnahme – Fehler während der Corona-Pandemie: „Spätestens Anfang 2022 war klar, dass Kinder und Jugendliche nicht einfach nur Pech gehabt haben, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Sie sind vielmehr die großen Verlierer der Pandemie. Das Virus war viel weniger schädlich für sie als die Kontaktbeschränkungen, der Schulverzicht – und das permanente Pochen auf ihre Solidarität gegenüber den Großeltern, denen sie andernfalls den Tod bringen würden“, fasst die BERLINER ZEITUNG zusammen.“

So was wäre Anfang des Jahres übelste Schwurbelei gewesen, unsolidarische Coronaleugnung, jetzt steht es in der Hauptstadtzeitung.

Kann das nicht auch in der TLZ stehen?

Nein, kann es nicht, wir haben Pressevielfalt.

Da müsste schon die Hauslinie komplett geändert werden, und dazu müsste sich die Politik gewendet haben.

Wo immer die sitzt.

Thüringen ist so TLZ wie Funkemedien.



Personen

#FreieWahlen_ÖRR: Die Forderung nach freien Wahlen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk können der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die angeschlossenen Organe nicht einfach wegberichten

Das war also der Heiße Herbst, Demonstranten gehen laut Presse gegen die aktuelle Politik der Bundesregierung auf die Straße und, wenn es die richtigen sind, für Zusammenhalt gegen den Kapitalismus, der uns das alles eingebrockt hat, und Handwerker hupen gegen hohe Preise.

Ergebnis: nichts.

War überhaupt eins gewollt gewesen, hatte man es auf Außenwirkung abgesehen? Darauf deutet wenig hin. Die Stürmung der falschen Stasi-Gebäude hatte mehr Effekt.

Jetzt gibt es etwas Bemerkenswertes.

Was fordern revoltierende freie Bürger? Freie Wahlen. Auch beim tiefen Staat? Na wenn sogar in Grimms Märchen zuweilen der Held zum König gewählt wurde, dann kann schon was gehen. Das Besondere an der Forderung, den Intendanten oder das Wahlgremium durch die Beitragszahler wählen zu lassen, funktioniert schon allein als Forderung, die sich herumwittert und herumspricht, man muss nicht einmal dafür um die Stadtmauer montagsspazieren, man braucht keine Musikanlage und keine Bewegung, keinen, der dafür ins Gefängnis geht, die Idee wird zur materiellen Kraft, wenn sie die Massen erreicht, die dafür überhaupt nichts zu tun brauchen.

Das wird ja wohl noch zu schaffen sein, überhaupt nichts tun.

Das Problem liegt im Feld derjenigen, die sich etwas einfallen lassen müssen, warum das die Demokratie ins Wanken brächte und warum der Vorschlag von Rundfunkleugnern kommt. Und damit geben sie sich unweigerlich zu erkennen.

Eine Thüringer Bürgerpartei hat

signalisiert, die parlamentarische und verfahrensrechtliche Seite zu prüfen. Die ersten werden, wenn eine kritische Menge erreicht ist, in dieser Reform eine Rettung sehen, die Rettung des reformunfähigen öffentlich-rechtlichen Mediensystems. 84 Prozent sind gegen den beitragsfinanzierten Rundfunk. Die könnten, so werden welche hoffen, beschwichtigt werden.

Und es wäre ein Managementfehler zu sagen: nein, keine Wahlen, gleich ganz weg! Klar, ein Elon Musk sollte die Anstalten kaufen, alle entlassen, gucken, wer fehlt, und die zurückholen. Aber so läuft es nicht.

Was läuft, und zum Selbstlaufen angetippt werden muss, ist die Forderung nach freien Wahlen.

Bitte weitersagen. ●



Immergrüne Spiegelbilder



Weihnachten, das diesmal wohl ungeheizte Fest, wird kommen, und damit wir wenigstens in Geschenklaune bleiben, hier ein Buchtipp.

Seine Verse sind in deutschen Landen wohl bekannter als goetheschillernde Dichtung, und seine Bildergeschichten sind Geburtsstunden der Comics. In fast jedem Bücherschrank der DDR standen seine Werke als dickes Buch aus dem Eulenspiegelverlag, und man kann ihn mit Recht als Klassiker bezeichnen: Wilhelm Busch.

Rolf Stolz, Schriftsteller und Fotograf und zudem therapeutisch studiert wie versiert, hat sich Buschs Bildgeschichten, Verse und Prosa unter dem Aspekt des real existierenden gegenwärtigen Wokistan angesehen und verblüffende Aktualitäten gefunden.

Bei Busch kriegen alle ihr Fett weg: der Spießler mit seinen Ordnungskorsetten, die verschlagenen Doppelmoralisten, die religiösen Fanatiker und Dauerbelehrenden auf hohen Rössern. Er hat sich nie einer Ideologie oder politischen Richtung angedient; Busch blieb ein notorischer Outsider und Skeptiker. Dabei war er durchaus lebenslustig und den Weiblein nicht abhold; zudem ein geübter Trinker und Raucher inklusive der 1881 diagnostizierten Nikotinvergiftung.

Auch Buschs Verleger trafen schon damals manchmal kurz-sichtige Entscheidungen. So konnte Caspar Braun 1865 davon profitieren, dass sein Konkurrent Richter „Max und Moritz“ ein Jahr zuvor abgelehnt hatte.

Angenehm bei der Lektüre von

Robert Stolz ist vor allem, dass er, trotz seiner Berufserfahrung, auf psychologisierende Spekulationen verzichtet. Busch, der lebenslange Junggeselle, war eine widersprüchliche Persönlichkeit und für seine Mitmenschen kein einfacher Charakter. Er urteilt über sich selbst, man halte ihn „ein wenig mit Recht“ für einen „Absonderling“, der für die Gesellschaft „nicht genugsam dressiert“ ist. Deswegen litt das Genie der niedersächsischen und Harzer Provinz auch oft unter Einsamkeit, was aber wiederum klare Beobachtung und Kreativität ermöglichte.

Und hier setzt Stolz vor allem an: er liest die Bildergeschichten nicht ohne Kontext, aber mit aktuellem Blick. Damit erreicht der kluge Analyst vor Allem Eines: Man nimmt das dicke Busch-Buch wieder in die Hand und amüsiert sich als Erwachsener ebenso wie als Kind. Zugegeben: das gilt nicht für die, welche sich als Karikierte immer noch erkennen, aber die verstehen ja sowieso keinen Spaß.

Matthias Huth

Rolf Stolz

**„Die Schärfe des Lachens
– Wilhelm Busch“**

ISBN-13: 9783982300566

EXIL edition Loschwitz

152 Seiten

17,00 €

**22 Kapitel 1 Vorwort,
Biografie, Bibliografie**

Das dicke Busch-Buch

28 Ostmark

Eulenspiegel-Verlag 1984

Herausgegeben von

Wolfgang Teichmann

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Thüringer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 oder Senioren-Akruetzel@web.de (~~gmx.de~~)

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Die guten AKRÜTZEL-Vorsätze für 2023

Sobald Neujahr ist, steht der Jahreswechsel hinter der Tür, und das bedeutet, alles ist wieder ein Jahr länger her. Die Tradition der guten Vorsätze ist nur ein Zeitungsstandard, Presseleute fragen wichtige Leute, oder wenn sie keine finden, dann sich gegenseitig, nach guten Vorsätzen, und diesmal kommt natürlich so was wie noch mehr Fleisch sparen und noch kälter kochen.

Jetzt haben wir das Pech, welches wir uns selbst eingebrockt haben, wir wollten es ja nicht anders: Wir sind auch Zeitung. Darum müssen wir uns auch etwas vornehmen und es unseren Lesern verkünden, um unsere Position als gutes Beispiel für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu behalten.

Wenn Sie das Senioren-Akrützel länger kennen, dann sind Sie gewohnt, dass wir schreiben, wovon andere nicht wollen, dass es geschrieben wird, oder dass wir die Lücken, die die Presse lässt, vielleicht nicht gleich ausfüllen, aber bemerkbar machen, oder dass wir es nicht als Ihren Mangel an Verständnis auslegen, wenn die Dummheit von Politikern einen quälenden Grad erreicht, und dass wir nicht so tun, als würden wir vom Politmedialsumpf noch etwas anderes erwarten, als mit der Kompetenz zum Hohlschwatz ausgelastet zu sein.

Das ist eine schlechte Angewohnheit von Ihnen, die wir im neuen Jahr beenden.

Wir haben uns vorgenommen, auch korrupt zu sein.

Teilhabe an der Informationsgesellschaft, für deren Förderung unsere Initiative steht, bedeutet, sich von den Informationsdienstleistern erniedrigen, beschimpfen und ausnehmen zu lassen, und der Erfolg gibt diesem Geschäftsmodell recht. Sie und die übrigen Leute wollen das und bezahlen für Bevormundung, denn die ist immer auch die Bevormundung

der anderen. Das ist der Gesellschaftsvertrag, und damit lässt sich Geld generieren, gegebenenfalls über Umwege vom Staat.

Wir kriegen dann Werbung und dürfen Hefte auslegen. Wir sind

zwar somit korrupter als die anderen, weil wir für weitaus weniger Geld gekauft sind, aber alles muss sich lohnen, geben Sie die Schuld dem Kapitalismus!

sk, ia, vk, nm. bz



Jenaer Impressionen





Originale kaufen, solange sie noch günstig sind: www.atelierno8.de

*Das relative Highlight
für Ihr Betriebsfest oder
Ihre Coronaparty*



ANERKANNTER KARIKATURIST
ZEICHNET PORTRÄTKARIKATUREN
VON ALLEN GÄSTEN, DIE WOLLEN
03641-619434 in und um Jena
ab 300,- €



BERND ZELLER
Die Sprache des Grünen Reiches
Es gibt keine Sprache des Grünen Reiches!

BERND ZELLER
Furcht und Elend des Grünen Reiches
Wir sagen statt Gewaltenteilung lieber Quotenjustiz.

solibro solibro

LEUCHTENDES SCHWEIN



Das Qualitätsblatt unter den Presseprodukten

Bündnis *China solidarisch* mit klarer Botschaft an Coronaleugner, Schwurbler, Lockdownmuffel, Verschwörungserzähler, Rassisten und Staatsfeinde

Als demonstrativer Arm einer starken Zivilgesellschaft setzt das Bündnis *China solidarisch*, ein Zusammenschluss von Initiativen, Einzelpersonen und Nichtregierungsorganisationen, ein starkes Zeichen für den Zusammenhalt der chinesischen Gesellschaft. Unterstützung kam vom chinesischen Familienministerium. „Wer mit offen zur Schau gestelltem Hass auf die Werte der asiatischen Demokratie die kommunistische Partei delegitimiert und die Spaltung der Gesellschaft zum Ziel hat, stellt sich außerhalb des gemeinsamen Konsens“, heißt es in einer Stellungnahme zu den illegalen Angriffen von Dunkelchinesen auf die staatliche Ordnung.



Problem für die Demokratie: Preis für Eckpunktepapiere schießt schräg nach oben an die Decke



Sie machen das Filetstück der Demokratie aus, sind sie doch das Herzstück des Rückgrats funktionierender Abläufe, die Eckpunktepapiere, mit denen festgesteckt wird, wohin der Kurs gehen soll. Doch die Krise macht auch vor diesen Materialien nicht halt. „Wenn das so weitergeht, müssen wir auf Eckpunkterecyclingpapier zurückgreifen, und das könnte eine Spaltung der Eckpunkte zur Folge haben“, heißt es aus der Beschaffungsabteilung. Die Zukunft der Zehn-Punkte-Pläne steht damit auf einer Kippe, die der Demokratie ernststen Schaden zufügen könnte, so die Befürchtung von Experten.

Studenten mit Forderung: Klimakleber sollen nach Beamtentarif bezahlt werden



Eine klare Forderung für die Stärkung des Klimaschutzes haben die Studenten in einer Klebeaktion vorgetragen. Wer sich an Straßen oder Kunstwerke klebt, um für das gute Klima zu protestieren, soll künftig nicht nur eine Aufwandsentschädigung und eine Anerkennungsprämie vom Staat erhalten, sondern mit einem Tagesatz nach Tarif bezahlt werden. Eine diesbezügliche Verfassungsklage hat Aussicht auf Erfolg, sobald sie eingeht, heißt es aus dem Bundesverfassungsgericht.

Meine Meinung: Kein Beinbruch



Ein Stromausfall darf nicht denen rechtgeben, die ihn heraufbeschworen haben und sich emotional bestätigt fühlen. Denn auch sie haben nicht gesagt, wie es danach weitergehen soll. Ein geordneter Blackout ist kein Beinbruch, das Vertrauen in die Institutionen muss erhalten bleiben.